



Kanzler Schröder in China*: „Im Ausland wird anerkannt, was wir geleistet haben“

Politik paradox

Aufbruch oder Absturz? Mit Raffinesse und Machtinstinkt kämpfen die untereinander rivalisierenden CDU-Größen gegen die Reformpläne der Bundesregierung – und die eigenen Grundüberzeugungen. Stoppt die Union die geplante Steuerentlastung?

Mehr als 8600 Kilometer entfernt von seinem Kanzleramt spielte Gerhard Schröder seine liebste Rolle, die des übermütigen Siegers.

Fünf Tage lang betätigte sich der Kanzler in der vergangenen Woche in China als Chef-Verkäufer der Nation. Zum Höhepunkt der Reise geriet Schröder sein Auftritt auf der ersten internationalen Automobilmesse in der südchinesischen Boom-Stadt Kanton. Tausende von Menschen drängten sich jubelnd um den deutschen Regierungschef – und trieben seinen Sicherheitsleuten den Schweiß auf die Stirn.

Eskortiert von den Granden der deutschen Industrie, vorneweg die Chefs von TUI, Siemens und Metro, war der Kanzler ganz bei sich selbst (siehe Seite 86). Aufmunterungen wie die des Siemens-Chefs

Heinrich von Pierer („Mit Ihrer Agenda sind Sie auf dem richtigen Weg“) hatte er im politischen Berlin schon lange nicht mehr gehört, nicht von seinen Freunden, nicht von der Opposition. Und hier be-

glückten ihn selbst seine Gastgeber in China und Kasachstan mit Lob. Schröder glücklich: „Im Ausland wird anerkannt, was wir geleistet haben.“

Während einer Bootsfahrt durch das nächtliche Kanton musste der festliche Ausflugsdampfer außerplanmäßig anlegen, um einige Flaschen Moutai an Bord zu nehmen. Der Kanzler wollte mit dem traditionellen chinesischen Reisschnaps anstoßen. Ein Prosit den Reformen, juxta einer der Mitreisenden. Auf dem Boot herrschte ausgelassene Stimmung.

Am Freitagmittag, 14.50 Uhr Ortszeit Berlin, folgte die Ernüchterung. Kaum war der Kanzler seinem Regierungs-Airbus „Konrad Adenauer“ entstiegen, warteten schon die Lageberichte von der innenpolitischen Front. Die Späher des Kanzlers berichteten von Verhärtungen überall, im Vermittlungsausschuss sei es zu verbalen Rempelen mit der Opposition gekom-

UMFRAGE: VORGEZOGENE REFORM

„Zu welchen Bedingungen sollte die Steuerreform von 2005 auf 2004 vorgezogen werden?“

wenn eine Finanzierung weitgehend ohne neue Schulden erfolgt

67%

auf jeden Fall

25%

NFO Infratest für den SPIEGEL vom 2. bis 4. Dezember; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, „egal“

* Beim Besuch einer Automesse in Kanton am Dienstag vergangener Woche.



CHRISTIAN PLAMBECK

CDU-Chefin Merkel (beim Parteitag in Leipzig): „Wir könnten uns mit verschränkten Armen zurücklehnen“

men, vor den TV-Kameras werde gepollert, gefordert, gedroht.

Eine Einigung „um des lieben Friedens willen“, hatte der hessische Ministerpräsident Roland Koch gesagt, „kommt nicht in Frage“. Fraktionsvize Wolfgang Bosbach, ein Gefolgsmann von Angela Merkel, redete im gleichen Ton. Die rot-grüne Koalition könne nicht erwarten, „dass wir von unseren zentralen Kernforderungen Abstand nehmen“.

Reformen ja – aber nur unsere! Das war die kaum mehr verhüllte Botschaft dessen, was die Opposition dem Kanzler da mitzuteilen hatte. Da passte es durchaus ins Bild, was SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler über einen Mittelsmann dem Regierungschef berichten musste. Am Rande des Vermittlungsausschusses habe er Koch persönlich nach den Gründen für die neue Frostigkeit befragt. Koch gab zu erkennen, dass die Spitzen der Union sich beim Leipziger Parteitag informell auf eine harte Linie verständigt hätten.

Die Steuerreform, so Koch zu Stiegler, werde nun „entweder ganz teuer – oder unmöglich“. Humanist Stiegler war regelrecht erschrocken: „Es ist wie im klassischen Drama.“

Im Zentrum des Geschehens steht ein angeschlagener Regierungschef, dessen SPD seit Monaten im historischen Umfragetief irgendwo zwischen 23 und 30 Prozent der Wählerzustimmung pendelt. Nur mit der Durchsetzung seiner innenpoliti-

schen Reform-Agenda 2010, zu deren Kernpunkten eine 15-Milliarden-Steuerentlastung zählt, könnte ihm eine Renaissance gelingen. Er weiß genau: „Wir müssen jetzt liefern.“

Die Wähler erwarten Signale der Hoffnung, die im Deutschland der Dauerkrise nur als Signale der Modernisierung denk-

bar sind – im Steuerrecht, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rentenpolitik. Der Wohlstand des 82-Millionen-Volkes ist ohne grundlegende Kurskorrektur erkennbar in Gefahr.

Mittlerweile haben selbst die einstigen Sorgenkinder Europas, Frankreich und England, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, mit Deutschland gleichgezogen. Deutschland dagegen fällt spürbar zurück.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen sind die höchsten im November seit Antritt der rot-grünen Regierung – trotz aller Statistikkorrekturen. Die Neuverschuldung – ein Nachkriegsrekord. Die Wachstumsprognose – kümmerlich. Ohne die zusätzlichen Arbeitstage, eine Laune des Kalenders, wären die vorhergesagten Steigerungen des Sozialprodukts fast nicht zu messen. Eine Pleitewelle ist für das kommende Jahr ohnehin prognostiziert – mit über 40 000 Firmenzusammenbrüchen.

Der einzige Lichtblick für Wirtschaftsführer und Bürger ist Schröders Reformpolitik, zu der er sich erst nach Jahren des Zauderns entschieden hatte. „Wir werden

Leistungen des Staates kürzen“, lautete der Kernsatz seiner am 14. März verkündeten Agenda 2010. Alle „Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen“, so

Steuerersparnis

bei einem Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 gegenüber 2003, in Euro

	Jahresbruttolohn	Ersparnis*
Ledige	20 000	363
	40 000	879
	60 000	1845
	80 000	3225
	100 000	4587
	150 000	8016

* inkl. Solidaritätszuschlag



	Jahresbruttolohn	Ersparnis*
Familie mit 2 Kindern	40 000	706
	60 000	1135
	80 000	1761
	100 000	2567
	150 000	5770



Schröder: Es gehe jetzt um „eine gewaltige, gemeinsame Anstrengung“.

Erstmals hatte es in der Stillstandsrepublik Deutschland vernehmbar geruckt oder zumindest doch geruckelt. Es war ein kleiner Schritt für das Land, aber ein großer für die SPD.

Seither geht es um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung: Aufschwung oder weiterer Abstieg? Weicht die Angststarre der Deutschen endlich einer Aufbruchstimmung? Schafft das Land noch den Anschluss an die Reformländer des Kontinents? Und schließlich: Was wird aus den knapp fünf Millionen Arbeitslosen, die im Winter erwartet werden?

In einem monatelangen Ringen brachte Schröder die eigene Partei hinter sich. Doch zum Gelingen benötigt er nun die Opposition, die im Bundesrat das Sagen hat. Scheitert dort sein Reformpaket, könnte das den Anfang vom Ende seiner Kanzlerschaft markieren. Schröder, das weiß er, und das weiß die gesamte Führung der SPD, braucht den schnellen, klaren und vor allem den ökonomisch wirkungsvollen Erfolg.



ECKHARD SCHULZ / AP

Wendelin Wiedeking

Vorstandsvorsitzender von Porsche

„Man kann nur erwarten, dass die Parteien sich jetzt schnell auf einen Kompromiss für das Vorziehen der Steuerreform einigen. Denn für eines hätte nun wirklich niemand mehr Verständnis: für kleinliches Parteiengezänk. Es weiß doch mittlerweile jeder, wie wichtig die Reformen für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland sind, für die Unternehmen und damit auch für die Arbeitsplätze. Denn bei aller Exportstärke der deutschen Industrie sind wir zu einem guten Teil abhängig von einer guten Binnenkonjunktur und dem Absatz hier zu Lande. Eine Steuersenkung bringt nicht nur Kaufkraft, sie bringt auch wieder Optimismus und ein Stück Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung zurück. Unternehmen und Konsumenten rechnen bereits fest mit ihr. Wenn sie nicht kommt, dann wäre dies ein schwerer Rückschlag, Deutschland würde der Sturz in eine Depression drohen.“

Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss

Gesetzesvorhaben ist im Bundesrat

zustimmungspflichtig

nicht zustimmungspflichtig

ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Stand der Verhandlungen

	Reformen am Arbeitsmarkt	Lockerung des Kündigungsschutzes, Tarifrecht, Arbeitszeitgesetz	➡ Eine Einigung ist bislang nur bei Vorhaben wie dem Arbeitszeitgesetz absehbar. Über Kündigungsschutz oder Tarifrecht wurden noch keine ernsthaften Verhandlungen geführt.
	Hartz III	Reform der Bundesanstalt für Arbeit	➡ Einigung denkbar.
	Hartz IV	Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	➡ Verhärtete Fronten: Die Union besteht auf Hoheit von Ländern und Kommunen, Rot-Grün will Kompetenzen bei der Bundesanstalt für Arbeit ansiedeln. Streitfragen wie die Zumutbarkeitsregeln für Dauerarbeitslose wurden bislang nicht behandelt.
	Reform der Sozialhilfe	Folgeänderungen wegen Hartz IV sowie Vereinfachung der Regelsätze	➡ Einigung wahrscheinlich, wenn Kompromiss für Hartz IV gefunden wird.

ARBEITSGRUPPE FINANZEN UND STEUERN

Stand der Verhandlungen

	Tabaksteuergesetz	Anhebung der Tabaksteuer	➡ Die SPD will eine Erhöhung pro Zigarette in drei Stufen (je 1,5 Cent im März und Dezember 2004 sowie im September 2005), die Union fordert einen Cent am 1. April, dann je 1,2 Cent im Januar und Oktober 2004.
	Haushaltsbegleitgesetz	Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004	➡ Die SPD und die Grünen wollen die Entlastung der Bürger größtenteils auf Pump, die Union fordert 75 Prozent Gegenfinanzierung.
	Förderung der Steuerehrlichkeit	Amnestie z. B. bei Rückführung von Schwarzgeld aus dem Ausland	➡ Konsens. Ausschluss einer nachträglichen Erklärung nach Entdeckung einer Tat. Betrugsjahre und Sachverhalt müssen genau angegeben werden. 25 Prozent Pauschalsteuersatz bleibt.
	„Korb II“-Gesetz	Änderung bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften	➡ SPD will Versicherern Verluste aus Beteiligungsverkäufen erst ab 2003 steuerlich anrechnen, die Union rückwirkend ab 2001.
	Gewerbesteuerreform	Einbeziehung von Freiberuflern und ertragsunabhängigen Einkünften	➡ Verständigung: Gewerbesteuerumlage auf 20 Prozent senken (von rund 29), Union will darüber hinaus eine befristete Anhebung des Umsatzsteueranteils der Kommunen von 2,2 auf 3 Prozent für ein Jahr.
	Hartz IV finanzieller Teil	Umsatzsteuerforderung des Bundes	➡ Keine Einigung: SPD/Grüne wollen bei Betreuung von Langzeitarbeitslosen Kooperation zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Kommunen. Kommunen sollen Wohn- und Heizkosten übernehmen. Union will Betreuung durch die Kommunen, Bund soll alles zahlen.

ARBEITSGRUPPE HANDWERKSNOVELLE

Stand der Verhandlungen

	Kleine Handwerksnovelle	Selbständige Ausübung leicht erlernbarer handwerklicher Tätigkeiten ohne Meisterbrief („Ich-AG“)	➡ Erste Annäherungen erkennbar.
	Große Handwerksnovelle	Reduzierung der Zahl der Meisterberufe im Handwerk	➡ Erste Annäherungen erkennbar.

Angela Merkel braucht ihn nicht. Schröders Agenda ist daher nicht die ihre.

Die CDU-Parteichefin und Fraktionsvorsitzende von CDU und CSU im Bundestag bekämpft den Regierungschef seit Monaten mit erstaunlicher Hartnäckigkeit und reichlich Raffinesse. Auch sie will das Land modernisieren – aber nicht als Steigbügelhalterin des Kanzlers. Auch sie will, was Schröder will: Steuersenkungen, Einschnitte bei den Sozialleistungen, den Abbau von Subventionen – aber nicht jetzt und vor allem nicht zu seinen Bedingungen. Ihr stilles Motto: Erst die Partei, dann das Land.

An diesem Mittwoch um 12 Uhr treffen sich die Unterhändler im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zur offiziell letzten Sitzung über die Agenda 2010. Gelingt es dort nicht, zu einer Einigung über die Reformen zu kommen, bleibt kaum noch Zeit. Am 19. Dezember muss die Agenda Bundesrat und Bundestag passieren, damit sie wie geplant am 1. Januar in Kraft treten kann. Es geht um

► **mehr Geld:** Durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von 2005 auf den 1. Januar 2004 sollen die Deutschen im kommenden Jahr 15 Milliarden Euro extra in der Tasche haben. Experten hoffen auf eine Initialzündung für die lahrende Binnenkonjunktur;

► **weniger Arbeitslose:** Die Bundesanstalt für Arbeit soll zu einer Dienstleistungsagentur umgebaut werden, die dafür sorgt, dass Arbeitslose künftig schneller und effizienter in neue Jobs vermittelt werden;

► **neue Investitionen:** Die Gemeindefinanzen sollen neu geregelt werden, um den klammen Kommunen aus der Finanzkrise zu helfen. Ein – wenn auch schmales – Investitionsprogramm könnte in Gang kommen – oder eben nicht;

► **weniger Sozialstaat:** Für Langzeitarbeitslose und junge Arbeitslose sind neue Zumutbarkeitsregeln geplant, Leistungen sollen gekürzt und die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II zusammengelegt werden.

Gelingt der Kraftakt, ginge es den Deutschen zumindest besser als heute. Weihnachten wäre dann auch für die ermattete deutsche Volkswirtschaft ein Fest der Freude: Schöne Bescherung.

Bleibt die Reformdebatte folgenlos, würde Deutschland weiter absacken. Auch die kommenden drei Schröder-Jahre, so sie überhaupt durchgehalten werden können, würden als verlorene Jahre in die Geschichtsbücher eingehen: Schöne Bescherung.

Die Stimmung in den Arbeitsgruppen des Vermittlungsausschusses in der

vergangenen Woche war frostig, ließ für Optimismus keinen Raum. Nach dem CDU-Parteitag, der Angela Merkel spürbar gestärkt und ihr in den Medien ein huldvolles Echo („Süddeutsche Zeitung“: „Die Winterkönigin“) eingebracht hatte, traten die Unterhändler mit robuster Bestimmtheit auf. „Die können jetzt vor Kraft kaum laufen“, so der schleswig-holsteinische Finanzminister Ralf Stegner.

Selbst die bis dahin gesprächswilligen Finanzminister des CDU-geführten Hamburg und der CSU-Festung Bayern waren wie ausgewechselt. In der Arbeitsgruppe „Finanzen und Steuern“ gab es in keinem wesentlichen Punkt ein Entgegenkommen. Der Subventionsabbau, so wie von der Regierung vorgeschlagen, stieß auf einhellige Ablehnung.

Die Streichung der Eigenheimzulage – nicht jetzt. Die Pendlerpauschale will die CDU von heute 40 auf 35 Cent senken, was von manchen als Scherz empfunden wurde. Über die Neuordnung der Kommunalfinanzen wollte die CDU gar nicht erst reden: „Die Standpunkte sind bekannt“, hieß es.

Selbst die Senkung des Steuertarifs, eine Kernforderung der Union seit ihrer Geburt, war plötzlich nicht mehr so wichtig. Das Thema rückte auf der Prioritätenliste



KARL-JOSEF HILDENBRAND / DPA

Herbert Hainer

Vorstandsvorsitzender von Adidas-Salomon

„Es wird höchste Zeit, dass in Deutschland über Reformen nicht mehr nur diskutiert wird, sondern dass diese Reformen endlich umgesetzt werden. Insofern begrüße ich ein Vorziehen der Steuerreform. Gleichzeitig sollte es allen politischen Entscheidungsträgern allerdings klar sein, dass die Steuerreform letztlich nur ein Anfang sein kann und weitere Reformprojekte zügig in Angriff genommen werden müssen, um Deutschland nachhaltig fit für die Zukunft zu machen.“



CHRISTIAN LEHSTEN / ARGUM

Heinrich von Pierer

Vorstandsvorsitzender von Siemens

„Es darf nicht sein, dass die Agenda 2010 jetzt in letzter Minute im Vermittlungsausschuss scheitert. Die Wirtschaft verlässt sich darauf, dass die angekündigten Reformen nun auch zügig umgesetzt werden. Der Problemstau muss endlich weg. Doch damit allein ist es noch nicht getan. Um wieder dynamisches Wachstum in unser Land zu bringen, brauchen wir mehr: eine starke Offensive für Bildung, Forschung, Innovation. Nur dann werden auch wieder Zuversicht und Optimismus einkehren. Wir wollen wieder in die Champions League.“



ROLF VENNENBERG / DPA

Christine Licci

Vorstandsvorsitzende der Citibank

„Die Steuerreform ist eine Entscheidung darüber, ob es mit Deutschland vorwärts gehen soll oder nicht. Deshalb hoffe ich auf das Verantwortungsbewusstsein unserer Politiker in Berlin: einmal das tagespolitische Kalkül außen vor lassen und dafür eine große Sache erfolgreich angehen. Das Vorziehen der Steuerreform schafft Optimismus, Leistungswillen und damit Wachstum. Passiert dies nicht, geht es weiter wie bisher: Stillstand, frustrierte Bürger und weiter sinkendes Vertrauen der Anleger aus dem Ausland.“

Spitzenpolitiker der Union: Wer blockiert, wer kooperiert?



Friedrich Merz



Roland Koch



Peter Müller



Georg Milbradt



Christian Wulff



Edmund Stoiber

sprungsziel derart radikal hintangestellt, um einen taktischen Vorteil in der Tagespolitik zu erringen.

Beispiel Steuersenkung: Seit ihrer Gründung fordert die Partei eine Nettoentlastung der Bürger. Immer ging es dabei um beides – um mehr Geld und mehr Freiheit. Nun pocht die Union auf eine Gegenfinanzierung, die jede Steuersenkung ihrer Wirkung beraubt.

Beispiel Subventionsabbau: Seit Jahr und Tag arbeiten die Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Konservativen an dem Ziel, die staatlichen Fördertöpfe zu reduzieren. Die Alimentation ganzer Bevölkerungsgruppen und Branchen galt gestern als Merkmal einer leistungsfeindlichen Gesellschaft. Da nun Sozialdemokraten nach Jahrzehnten der Verweigerung zu tiefen Schnitten bereit sind, wird gebremst und blockiert.

Beispiel Arbeitsmarkt: Die Reform der Bundesanstalt für Arbeit war bis vor wenigen Monaten das gemeinsame Ziel der Volksparteien. Die Behörde gilt allen als zu starr, zu träge, zu ineffektiv. Nun wird alles, auch jene Sanierungsschritte, die Arbeitsmarktexperten beider Parteien im Konsens schon verabredet hatten, wieder in Frage gestellt.

In der Regierungszentrale hält man die geballten CDU-Attacken für Taktik. Trotz verkündete Schröders Vizesprecher Thomas Steg, der während der China-Reise als Stallwache im Kanzleramt zurückgeblieben war, noch vor Ankunft des Chefs: „Beim Kanzler überwiegt eindeutig die Zuversicht.“

Die Geschichte der deutschen Reformunfähigkeit ist vor allem eine Geschichte des sich selbst blockierenden politischen Systems. Das Grundgesetz verhindert klare Mehrheitsentscheidungen, macht Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat oft genug zu Gegenspielern gleicher Stärke. Auch derzeit verfügt Rot-Grün nur in

nach hinten. Stegners Urteil: „Das war organisierte Blockade.“

In der parallel tagenden Arbeitsgruppe „Arbeit und Wirtschaft“ bot sich ein ähnlich trostloses Bild. Als die SPD ihre jüngsten Vorschläge zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe präsentierte, schallte es von der Union: „Grober Unfug“.

Die Regierung hatte ein neues Modell vorgeschlagen, wie Langzeitarbeitslose gemeinsam von Arbeitsverwaltung und Kommunen betreut werden können. „Die SPD will die Kommunen an den Katzentisch setzen“, fauchte Unions-Verhandlungsführer Koch. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement stöhnte, Koch betreibe eine „Chaotisierung der Verhandlungen“.

Über das künftige Tarifrecht in Deutschland, das wichtigste Reizthema der Verhandlungen, ist bisher noch gar nicht geredet worden. Die Union drängt auf eine gesetzliche Regelung, die es Betriebsräten und Unternehmern erlaubt, den Tariflohn zu unterbieten. Für Gewerkschaftskritiker Friedrich Merz („Wenn man einen Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen“) steht das Thema „oben auf der Tagesordnung“. Er und Koch wollen hier einen Durchbruch erzielen.

So viel Emotion ist selten im politischen Betrieb. Es wird gegifftet und gegrantelt, geschmäht und gepölkelt. Die Lager stehen sich ein Jahr nach der Bundestagswahl

schon wieder unversöhnlich gegenüber. „Die Republik wartet darauf, dass eine Lösung kommt“, mahnte der SPD-Chef aus NRW, Harald Schartau. Roland Koch erwiderte kühl: „Das Fenster schließt sich im Augenblick.“

Politik paradox. Was gestern noch Unionsforderung war, gilt heute als Teufelszeug. Selten hat eine Partei ihr Ur-



Vermittlungsausschuss: „Es ist wie im klassischen Drama“

einer Kammer über ausreichend Stimmen. Die Konservativen können nicht regieren – aber nach Kräften blockieren.

Vor dem Hintergrund dieser in Europa einmaligen Machtbalance ist seit Monaten eine Art Schachspiel zwischen Regierungschef und Oppositionsführerin im Gange, das nun kurz vor der Entscheidung steht. Zu besichtigen sind zwei Gegner mit vergleichbarer Robustheit und entgegengesetzten Strategien.

Der eine, Schröder, muss angreifen, er hat keine Zeit mehr. Die andere, Merkel, kann reagieren. Was sie tut, hängt davon ab, welche Wirkung der Zug des anderen entfaltet.

Das Spiel begann am 14. März im Deutschen Bundestag. Gerhard Schröder verkündete in seiner Agenda all das, was Angela Merkel und ihre Union im Grundsatz zuvor immer wieder gefordert hatten: eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine Reform der Bundesanstalt für Arbeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, einen mäßigen Rückbau des Sozialstaates.

Die Union zuckte zusammen – und ging instinktiv auf Gegenkurs. „Herr Bundeskanzler, der große Wurf für die Bundesrepublik Deutschland war das mit Sicherheit nicht“, erwiderte Merkel unbeindruckt.

Schröders SPD lag zu diesem Zeitpunkt in den Umfragen zwischen 27 und 31 Prozent. Seine Agenda brachte ihm keine Linderung. Die deutsche Wirtschaft war zwar spontan angetan, die eigenen Genossen aber murrten bereits. Schröders Reformpaket war ein Bruch mit den Traditionen der Sozialdemokratie. Der Ausbau, nicht der Rückbau des Sozialstaates ist das Lebenssthema der Partei.

Also musste eine Wunderwaffe her, auch um die eigene Klientel zu überzeugen. Irgendetwas, was nach Aufbruch aussieht, aber einen Aufbruch, der den Menschen gefällt. Im Finanzministerium von Hans Eichel wurden die Kosten für ein Vorziehen der Steuerreform kalkuliert, das Schröder bis dahin als unseriös abgelehnt hatte.

Eichel rechnete aus, dass dieser Schritt den Staat einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten würde – das Geld dafür sei nirgendwo eingeplant, warnte der Finanzminister. Schröder entschied anders: „Wir machen das.“

Ökonomen, auch die des Kanzleramtes, hatten zugeraten. Allein durch diese Steuerreform müsste sich das Wachstum um 0,7 Prozentpunkte stimulieren lassen. In den USA hat Präsident George W. Bush mit seiner Steuersenkung gerade den größten Wachstumsschub der letzten zehn Jahre erzielt.

Die Gegenfinanzierung sollte, so der Rat der Schröder-Berater, daher auch hier zu Lande überwiegend durch Kredite erfolgen – Optimismus auf Pump.

Über eine Mehrheit für die Steuersenkungspolitik verfügte der SPD-Kanzler von



SVEN SIMON

Wulf Bernotat

Vorstandsvorsitzender von E.ON

„Die geplanten Reformen in den Bereichen Steuern, Rente und Arbeitsmarkt werden den für das nächste Jahr erwarteten konjunkturellen Aufschwung beflügeln. Niedrigere Steuern, geringere Sozialabgaben und höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt geben wichtige Impulse für größeres Wachstum und mehr Beschäftigung. Einen Reformstau kann sich Deutschland in der derzeitigen Lage auf keinen Fall leisten. Darüber sind sich die Parteien auch einig. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass es im Vermittlungsausschuss am Ende zu einer Verständigung auf ein erstes Reformpaket kommen wird. Würde die dritte Stufe der Steuerreform nicht vorgezogen, bliebe die Initialzündung für den Aufschwung im nächsten Jahr aus. Denn niedrigere Steuern sorgen für eine Belebung des privaten Konsums. Dadurch haben sie auch eine positive Signalwirkung für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die wirtschaftliche Erholung wird allerdings nur dann nachhaltig sein, wenn die Steuerreform mit so wenig Schulden wie möglich gegenfinanziert wird.“

Anfang an nicht. Aber die Union, so Schröders Kalkül, könne sich der Erotik des Geldes kaum entziehen.

Im Bundestagswahlkampf 2002 hatte CSU-Chef Edmund Stoiber schließlich noch getönt: „Höhere Steuern lähmen die Konjunktur, hemmen das Wachstum und vernichten Arbeitsplätze.“ Eine Finanzierung auf Kredit war ihm damals gerade recht: „Höhere Steuern kommen uns teuer zu stehen als höhere Zinsen.“

Jetzt fehlte nur noch der passende Rahmen für die Ankündigung eines so üppigen Steuergeschenks. SPD-Fraktionschef Franz Müntefering plädierte dafür, eine Klausurtagung des Kabinetts abzuhalten. Von ihr sollte das Signal ausgehen: An Deutschlands Zukunft wird gearbeitet, gründlich, seriös. Und mehr Geld gibt es auch.



TORSTEN SILZ / DDP

Hans-Joachim Körber

Vorstandsvorsitzender von Metro

„Seit einigen Wochen sind Anzeichen einer konjunkturellen Erholung wahrzunehmen. Auch in der Bevölkerung scheint sich wieder Zuversicht einzustellen. Der sich abzeichnende Wandel stützt sich offenbar auf die Hoffnung, dass endlich die lange angekündigten Steuersenkungen und auch die übrigen Reformvorhaben umgesetzt werden. Ich betrachte dies als eine klare Aufforderung an die Politik, den Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Steuersenkungen wären ein wichtiger Impuls für den Konsum und damit für einen Aufschwung der gesamten Wirtschaft in Deutschland. Ich hoffe daher, dass schnell ein tragfähiger Kompromiss im Vermittlungsausschuss gefunden wird. Es muss aber auch klar sein, dass wir es nicht bei den gegenwärtig diskutierten Reformplänen belassen dürfen, wenn wir unser Land wirklich zukunftsfähig machen möchten. Die jetzt geplanten Reformen können nur der Anfang eines nachhaltigen Erneuerungsprozesses sein, der noch in der laufenden Legislaturperiode vorangetrieben werden muss.“

Die Zusammenkunft begann am 27. Juni, einem Freitag, auf Schloss Neuhausen in Brandenburg. Manche Minister flogen mit dem Hubschrauber ein. Schröder, Joschka Fischer und Otto Schily saßen beim Skat zusammen, Peter Struck unternahm einen Ausflug mit dem Motorrad, denn zu besprechen gab es nicht viel. Am Ende verkündete der Kanzler endlich voller Stolz seine Steuersenkungsidee: „Wir setzen einen Wachstumsimpuls. Ein klares Aufbruchsignal geht von diesem Wochenende aus“, rief er ins Land.

Angela Merkel verfolgte den Auftritt des Kanzlers zu Hause vor dem Fernseher. Anschließend rief sie bei Edmund Stoiber an, um eine Sprachregelung mit dem CSU-Chef zu vereinbaren. Schröder hatte zur Finanzierung seiner Pläne nichts Substan-



Protestdemonstration für den Erhalt der Tarifaufonomie*: Sozialdemokraten und Gewerkschaften seit an Seit

zielles gesagt – ein weicher Punkt, wie sie beide fanden.

Seither wird in der Steuersenkungspartei CDU anders gerechnet und anders geredet als zuvor. Die Position der Parteispitze hieß nun: Nein, aber. Steuersenkungen seien nur dann gut, wenn sie seriös finanziert seien.

Hinter den Wortgirlanden war die eigentliche Absicht der Strategen nur notdürftig versteckt. Merkel und Stoiber würden am liebsten Schröders Plan durchkreuzen – allerdings ohne die eigenen Truppen zu brüskieren. In allen Wahlkämpfen der vergangenen Jahrzehnte war die Rollenverteilung klar: Die Roten verstehen nichts von Wirtschaft. Wenn die Roten nicht weiterwissen, erhöhen sie die Steuern. Die Roten ruinieren das Land. Umgekehrt galt: Die Schwarzen senken die Steuern. Die Schwarzen sind gut für die Wirtschaft.

Kein Wunder also: Schröders Vorstoß stieß auf ein geteiltes Echo. Erwin Teufel war von Anfang an dafür, der baden-württembergische Landeschef regiert mit der FDP und hat DaimlerChrysler vor der Haustür. Teufel muss Rücksichten nehmen.

Aber es gibt eine andere Fraktion in der Union, die mit gleicher Entschiedenheit von Anfang an auf Blockade setzte. Sie wird angeführt vom hessischen Ministerpräsidenten Koch. Der regiert mit absoluter Mehrheit, bezeichnet sich selbst als leidenschaftlichen „Raubauz“ – und er denkt gern über Hessen hinaus.

Nun begann für Merkel ein komplizierter Zwei-Fronten-Krieg, den sie gern für sich entscheiden würde: Als starke Parteiführerin muss sie bei der Mehrheit sein, ohne zu wissen, wo die Mehrheit sich gerade aufhält. Denn die Ministerpräsidenten der Union sind selbstbewusst und oft sehr autonom, sie lassen sich aus der Zentrale nur ungern ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat diktieren. Also, so

Merkels Schlussfolgerung, darf sie nichts ausschließen – Zustimmung oder Blockade wird sie für sich erst in letzter Minute entscheiden.

Voraussetzung für eine Zustimmung der Union, sagt sie seither in Dutzenden Interviews, sei „eine seriöse Finanzierung“. Zudem müsse das Vorziehen der Steuerreform mit Strukturreformen auf dem Ar-



Michael Frenzel

Vorstandsvorsitzender von TUI

„Ich glaube, dass nachhaltigt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des politischen Systems verloren geht, wenn nach den vielen Ankündigungen zur Senkung der Steuern und dem vielen Streit über die Art und Weise der Gegenfinanzierung es nicht zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Die Steuersenkungen sind notwendig, zum Teil finanzieren sie sich in der Zukunft selbst. Ich hoffe inständigst auf einen Kompromiss der Parteien in dieser Frage.“

UMFRAGE: TARIFAUTONOMIE



„Was halten Sie von der so genannten Tarifaufonomie in ihrer jetzigen Form?“

absolut unverzichtbar

24%

reformbedürftig: Betriebe sollten Tariflöhne auch unterschreiten dürfen

38%

nicht mehr zeitgemäß

29%

NFO Infratest für den SPIEGEL vom 2. bis 4. Dez.; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

beitsmarkt und in den Sozialsystemen verbunden werden. „Ansonsten fällt das Vorziehen der Steuersenkung nicht auf fruchtbaren Boden und verpufft völlig.“

Im Konrad-Adenauer-Haus gilt diese Wackelposition als gelungen: Die Vorsitzende sagt weder Ja noch Nein, alle Optionen bleiben bis zum Schluss offen.

In ihrer eigenen Partei allerdings gärt es seither – und zwar in beiden Strömungen der Union. Ihre Sowohl-als-auch-Position stößt verständlicherweise auf Widerwillen bei Hardlinern und Reformwilligen. Vor allem in der Fraktion ist die Mehrheit pro Steuersenkung eingestellt.

„Seit viereinhalb Jahren erklären wir den Leuten, dass wir niedrigere Steuern brauchen“, so der Vorsitzende der baden-württembergischen Landesgruppe, Georg Brunnhuber. „Ich bestehe darauf, dass wir bei dieser Position bleiben.“ Der Unions-Mittelstandschef Peter Rauhen sagt: „Wir werden letztlich das Vorziehen der Steuerstufe mittragen. Wir würden sonst gegen unsere eigenen Argumente gehen.“

Wie ernst die Lage wirklich ist, wusste Angela Merkel spätestens nach der Lektüre der „Bild“-Zeitung am 1. Juli. Auf der Titelseite war das noch immer mädchenhafte Gesicht der CDU-Vorsitzenden zu sehen. „Steuern runter!“, forderte „Bild“. Neben einem Brief mit den Zeilen „Im Interesse der fleißigen deutschen Steuerzahler unterstütze ich die rot-grünen Steuersenkungen“ stand: „Frau Merkel, unterschreiben Sie hier!“

Die Schlagzeile beherrschte die Diskussion in der Morgenbesprechung von Merkel und ihren engsten Beratern. Man war sich schnell einig: Eine Gegenoffensive musste her. Merkel durfte nicht weiter als Blockiererin dastehen.

Fraktions-Planungsstabschef Matthias Graf von Kielmansegg wurde beauftragt, einen gemeinsamen Brief Merkels und Stoibers an Schröder zu entwerfen. Etwa

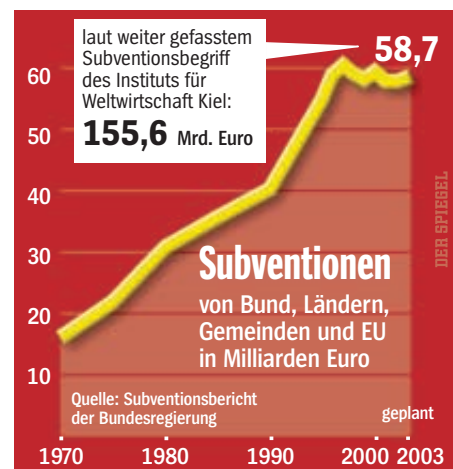
* Am vergangenen Montag in Wolfsburg.



nur Ja verstehen wollen. Er habe das Aber überhört.

Merkel erteilte Schröder eine Absage. Ihren Brief, antwortete die Oppositionschefin kühl, habe der Kanzler schlicht missverstanden. Verhandlungen seien überflüssig, es werde „keine Detaildebatte geben, bevor Sie nicht sagen, wie Sie es machen wollen“, sagte Merkel im voll besetzten Plenum des Bundestags.

Friedrich Merz und Roland Koch, ihren Gegenspielern, war nämlich schon dieses „Ja, aber“ ein Ärgernis. Man „muss seine



Linie beibehalten und darf nicht wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen reagieren“, sagte Merz. Merkel antwortete kühl: „Es gibt offensichtlich Leute, die nicht die Absicht haben zu kapieren, worum es in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung geht.“

Merkel hat Merz mittlerweile unter Kontrolle. Nur Koch bekam sie nicht in den Griff. Der witterte seine Chance. Es war die Zeit, die Meinungshoheit in der Union zu erobern, dachte er sich. Koch blieb in all den Monaten bei seiner ablehnenden Grundhaltung: „Ich mache nicht jede Wendung eines Zickzackkurses mit.“

In der Bevölkerung ist seine Argumentation durchaus keine Minderheitenposition. Inzwischen gab es Umfragen, die belegen, dass die Deutschen nachdenklich geworden sind. Eichels Schuldenpolitik hatte die Sensibilitäten verstärkt. Nicht einmal 20 Prozent waren zu diesem Zeitpunkt dafür, die beschlossenen Steuersenkungen vor allem auf Pump zu finanzieren.

Doch Koch und die anderen Blockierer schauen weniger auf die Umfragen als auf die Historie. Der ehemalige SPD-Chef Oskar Lafontaine hatte 1997 im Bundesrat die Regierung Kohl mit ihrer Steuerreform auflaufen lassen. Das Ergebnis war: Die Regierung Kohl wurde für den Reformstau haftbar gemacht – und 1998 abgewählt. Der Wahlerfolg der SPD gilt bis heute auch als das Werk des Blockierers Lafontaine.

Der Lafontaine-Effekt ließ auch Merkel nicht gänzlich unbeeindruckt. Geschickt erweiterte sie ihre Strategie der scheinba-

Kohlekumpel für Schröder*: Wann kommt der Subventionsabbau?

vier Stunden nach der Morgenlage traf Merkel im Foyer der Bayerischen Landesvertretung auf CSU-Chef Edmund Stoiber. Sie zogen sich in ein Nebenzimmer zurück und berieten über die neue Lage. Merkel zeigte Stoiber ihren Brief, der Bayer schlug nur kleine Änderungen vor.

„Die Zeit drängt“, hieß es darin. „Wir können nicht den Herbst abwarten und alle Impulse, die von verantwortbaren Steuersenkungen ausgehen könnten, über den Sommer hinweg zerreden lassen. Wir tragen – jeder an seinem Platz – gemeinsam Verantwortung für unser Land, und diese Verantwortung gebietet es, die Menschen nicht erneut zu enttäuschen. Je schneller

und solider finanziert weitere Steuersenkungen kommen können, umso besser wird dies für unser Land und die Menschen sein.“ Die neue Botschaft der Union lautete: Ja, aber.

Als Schröder den Brief zu lesen bekam, entwarf er spontan und daher eigenhändig ein Antwortschreiben. Es enthielt ein neues Angebot zu einem Gipfelgespräch. „Einen möglichst nahen Termin sollten unsere Büros vereinbaren“, schrieb der Kanzler in grüner Tinte.

Wenige Stunden später lag der Brief auf dem Schreibtisch von Angela Merkel. Als sie ihn gelesen hatte, leitete sie das nächste Wendemanöver ein. Denn das hier ging ihr zu schnell. Der Kanzler, fand sie, habe nur das Ja verstanden und offenbar auch

* Am 11. November in Essen.

Christine Bortenlänger

Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Börse

„Es ist unglaublich, dass die Menschen wenige Tage vor dem Jahreswechsel nicht wissen, welche steuerliche Belastung sie ab dem 1. Januar haben werden. Das zänkische Bild der vergangenen Wochen ist sicher nicht geeignet, so etwas wie deutschen Reformwillen oder deutsche Reformfähigkeit und damit Optimismus zu vermitteln. Psychologisch ein Desaster, das es zu reparieren gilt – soweit überhaupt noch möglich. Nach dem monatelangen Gezerre wäre es schlicht eine Katastrophe, wenn es nun zu keiner Einigung zwischen den Parteien kommt. Der Glaube an die Erneuerungskraft Deutschlands würde im In- und Ausland verloren gehen. Die Tendenz zu Firmenabwanderungen würde sich weiter verstärken, der verunsicherte Verbraucher übt sich weiter in Konsumverzicht, das zarte Pflänzchen des beginnenden Wirtschaftswachstums wäre äußerst gefährdet.“



STEPHEN LEIPRECHT / DDP

In Grau- und Nebelzonen

Im Vermittlungsausschuss werden jetzt die Weichen für das Gelingen oder Scheitern von Schröders Reform-Agenda gestellt: Der Vorsitzende Henning Scherf gilt als ideale Besetzung.

In seiner Jackentasche trägt Henning Scherf ein Schriftstück – das hütet er wie ein kostbares Geheimnis. Auf drei DIN-A4-Seiten, im Querformat in kleiner Schrift bedruckt, steht dort, was im Vermittlungsausschuss geht und was nicht. Und wie, wenn alles festgefahren scheint, man vielleicht doch noch einen Kompromiss schmieden kann – und mit wem.

Nicht einmal seine Frau Luise bekomme das zu lesen, behauptet er. Und Journalisten schon gar nicht. „Wenn ich erzähle, was da drinsteht, ist alles für die Katz.“

Scherf wird das Kleingedruckte demnächst dringend brauchen. Der Bürgermeister aus Bremen ist für drei Monate Vorsitzender des Vermittlungsausschusses. Ausgerechnet jetzt, wo es spannend und kompliziert wird, muss er zeigen, was er kann. Er gibt offen zu, dass er davor „mächtig Bammel“ hat.

Denn einerseits ist dem hochgewachsenen Hanseaten seine Rolle auf den Leib geschnitten: „Brücken bauen“ und „Konsens stiften“ bezeichnet er selbst als seine größte Leidenschaft. Ständig sind seine Schaufelbagger-Hände damit beschäftigt, Leute zu umarmen. „Omaknutscher“ nennen sie ihn und „weicher Riese“.

Andererseits weiß er, dass sein Einfluss natürlich begrenzt ist. Er will den Erfolg um (fast) jeden Preis und ist bereit, für des Kanzlers Reform-Agenda zu kämpfen. Im Ausschuss kann er für Atmosphäre und Stimmung sorgen. Aber auch er hat in dem mit je 16 Vertretern aus Bundestag und Bundesrat zusammengesetzten Gremium nur eine Stimme.

Man wird ihn jetzt oft im Fernsehen sehen. Aber der lange Lulatsch braucht kein Ram-



Vermittler Scherf
„Etwas in der Hinterhand“

penlicht, weil er mit seinen 2,04 Metern sowieso alle überragt.

In Bremen benötigt Scherf weder Dienstwagen noch Leibwächter, um bedeutend zu erscheinen. Wenn er mit dem Fahrrad vorfährt, sagen die Leute „Bürgermeister“ oder „Henning“ zu ihm. Und im Weserstadion ist sein Platz nicht in der VIP-Lounge, sondern bei den SV-Werder-Fans in der Ostkurve.

Auch in Berlin bewegt er sich zu Fuß und ohne Begleitschutz wie ein ganz normaler Mensch. Er ist, lobte die „Süddeutsche Zeitung“, „der Exot, der etwas andere unter den deutschen Landeschefs“. Bei der Bürgerschaftswahl im Mai holte er – gegen den bundesweiten Negativtrend der SPD – mit 42,32 Prozent ein sensationelles Ergebnis.

Längst hat sich der einst knallharte SPD-Linke Achtung bei den Konservativen verschafft. Vor knapp zwei Jahren, beim 60. Geburtstag des Bremer CDU-Vorsitzenden Bernd Neumann, zählte Scherf – neben Helmut Kohl und Angela Merkel – zu den Ehrengästen. Der

schwarze Ex-Kanzler pries den Roten als „großen Patrioten“, der „im Interesse seiner Heimatstadt Gräben überwindet“. Wenn der Bremer wollte – und die Christdemokraten dürften –, würden viele Scherf sofort zum Bundespräsidenten wählen.

„Henning, du bist erwachsen geworden“, sagte Loki Schmidt zu ihm. Die Frau des Ex-Kanzlers lobte ihn, weil er 1995 in der einstigen SPD-Hochburg Bremen eine Große Koalition gebildet hatte, nachdem die Ampelkoalition geplatzt war.

Aber Scherf ist nicht nur nett. Er kann auch ziemlich eigensinnig sein. Vor vier Wochen zum Beispiel saß er im Vermittlungsausschuss und argumentierte wie die Union: Es mache doch keinen Sinn, bei der kleinen und der großen Handwerksnovelle stur zu bleiben. Am Ende werde doch alles mit allem verhandelt.

„Friedensfürst“, stichelte Ludwig Stiegler – der bayerische SPD-Abgeordnete wollte Härte demonstrieren und zeigen, was eine SPD-Harke ist. Bei der Abstimmung hob Scherf die Hand für die Genossen. Mit der anderen hielt er sich jedoch verschämt die Augen zu: Jeder sollte sehen, dass er es nur aus Parteiräson tat.

Er kennt ja das Geschäft. Früher, Anfang der siebziger Jahre, als der legendäre Hermann Höcherl (CSU) noch vermittelte, soff man sich nachts mit Korn und Kirsch zum Durchbruch. Das ist mit ihm nicht zu machen: Er trinkt nur heißes Wasser.

Später bestimmten Hans Koschnick und Heribert Blens das Vermittlungsgeschäft. Koschnick, wie Scherf Bremer SPD-Bürgermeister, stimmte gegen seine Partei für die Frühpensio-

nierung von Bundeswehroffizieren. Dafür bekam die Bremer Vulkan-Werft von der CDU-Regierung Kohl einen Milliarden-Auftrag für zwei neue Fregatten.

Unter Blens, Richter von Beruf und kölscher Klüngler aus Leidenschaft,

Der weitere Weg des Gesetzes

Vermittlungsausschuss

REGIERUNG
16 Stimmen



OPPOSITION
16 Stimmen

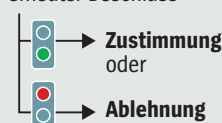
Zustimmungsgesetz

Einigen sich
Regierung und
Opposition:
Änderungs-
vorschlag

Einigen sich
Regierung und
Opposition
nicht: kein
Änderungs-
vorschlag

Bundestag

erneuter Beschluss



Bundesrat



DER SPIEGEL



Bundesrat in Berlin: Schwarzhandel mit Gesetzen, Initiativen und Nebenabreden

PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

blühte ein schwungvoller Schwarzhandel mit Gesetzen, Initiativen, Absichtserklärungen und außerparlamentarischen Nebenabreden. Aber auch er konnte nicht verhindern, dass immer mehr Entscheidungen außerhalb der Kungelrunde fielen.

Im Sommer 2000 vereinbarte Kanzler Gerhard Schröder mit Berlins damaligem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) die Übernahme der Kosten für das Olympiastadion und weiterer Millionen für die marode Museumsinsel. So erkaufte er sich die Zustimmung für die erste Stufe seiner Steuerreform.

Natürlich ist solcher Kuhhandel streng genommen illegal. Im Vermittlungsausschuss darf nur verhandelt werden, was vorher entweder im Bundestag oder im Bundesrat Gegenstand öffentlicher Erörterung war. Aber die Nebenabreden finden außerhalb der Gremien statt – im Kanzleramt, in den Staatskanzleien, in den Parteizentralen und damit irgendwo in den Grau- und Nebelzonen des real existierenden Föderalismus.

Der Vermittlungsausschuss führt daneben ein sonderbares Zwitterdasein: Einerseits braucht man ihn, wenn es zwischen Bundestag und Bundesrat keine Einigung gibt – je unterschiedlicher die Mehrheitsverhältnisse, desto nötiger (siehe Grafik).

Andererseits aber ist er ein Ärgernis, weil die Geheimniskrämerei permanent das Verfassungsgebot der Transparenz verletzt. Das Gremium macht Vorschläge, doch niemand darf sie öffentlich diskutieren. Kein anderer Ausschuss im Berliner Parlamentsbetrieb hat solche Privilegien wie die häufig geschmähte „Dunkelkammer“.

Diesmal wird es hinter den verschlossenen Türen wieder zugehen wie auf dem Basar: Biete härtere Zumutbarkeitsregeln

für Langzeitarbeitslose gegen Beibehaltung des Kündigungsschutzes, mehr Geld für die Gemeinden gegen weniger Eigenheimzulage, weniger Schulden für das Vorziehen der Steuerreform gegen mehr Subventionsabbau. Am Ende blicken die Akteure manchmal selbst nicht mehr durch.

Auch Verhandlungsfüchse wie Scherf haben Mühe, die Übersicht zu behalten. Wochenlang war der große Graue aus dem Norden deshalb unterwegs, um schon im Vorfeld der Beratungen Kompromisse auszuloten. Er sprach mit Genossen und politischen Gegnern, mit roten und schwarzen Ministerpräsidenten, mit Würden- und Bedenkenträgern aller Couleur. Im Kanzleramt und in den Staatskanzleien der Länder fühlte er vor, bei den Fraktionen und in den Ministerien.

Und nach jedem Gespräch schrieb er neue Fußnoten in sein geheimes Papier.

Das wird jetzt sein Netz. Nichts fürchtet Henning Scherf mehr als den nächtlichen Blackout nach stundenlangen Verhandlungen, „wenn alle dich angucken und auf einen Vorschlag warten – und dann hast du keinen“. Das ist sein Alptraum. Deswegen rückt er sein Papier nicht raus.

Es war schon ärgerlich genug, dass kürzlich die Umrisse eines dort skizzierten Kompromisses sichtbar wurden. Mit seinem Hamburger Bürgermeister-Kollegen Ole von Beust (CDU) hatte er ihn ausgeheckt – vorgezogene Steuerreform: ja. Aber nur zu Gunsten der unteren Einkommen.

In Berlin wurde der Plan sofort hart dementiert. Aber wenn man Henning Scherf heute fragt, ob das Projekt damit beerdigt sei, lacht er fröhlich. „Es ist doch immer gut“, sagt er vieldeutig, „wenn man etwas in der Hinterhand hat.“

HARTMUT PALMER

ren Kompromissbereitschaft im Herbst um eine weitere Komponente – die Giftvariante. Ihr neues Thema: die Tarifautonomie und der Kündigungsschutz.

Sie will sich auf einzelne Kompromisse mit der Regierung einlassen, um Schröder gezielt zu schaden. Der Hintergedanke: Wenn es der Union in den Verhandlungen gelingen sollte, Forderungen durchzusetzen, die für SPD-Linke und SPD-Basis nur schwer annehmbar wären, könnte das neuen Streit ins Regierungslager tragen und Schröder weiter zermürben.

Auch Kanzler und Fraktionschef gingen daran, ihrerseits einen neuen Plan zu entwerfen, von dem sie glaubten, dass er Merkel beeindrucken würde. Sie wollten die CDU-Chefin an ihrem schwächsten Punkt treffen. Sie zielten auf die Uneinigkeit der christdemokratischen Ministerpräsidenten. Schröder sagt zwar immer wieder: „Ich werde mich hüten, einen von denen vorführen zu wollen.“ Es sei falsch, die Unionsleute gegeneinander auszuspielen. Das Spiel sei so alt wie der Bundesrat – „und meistens erfolglos“.

Aber nicht immer, wie er selbst am besten weiß. Im Sommer 2000, als im Bundesrat die erste Entscheidung über die Steuerreform fiel, war es Schröder gelungen, einzelne Ministerpräsidenten durch finanzielle Zugeständnisse auf seine Seite zu ziehen. Merkel, die auf Total-Blockade gesetzt hatte, war blamiert.

Sehr genau wurde im Regierungslager deshalb auch jetzt registriert, dass sich einzelne Länderchefs vorsichtig der Regierungslinie annäherten. So erklärte der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus, immer wieder: „Das Vorziehen der Steuerreform kann einen ganz wichtigen Impuls geben.“ Und sogar Stoiber, nach Koch der zweite Rivale der Parteichefin, wechselte zwischendurch die Richtung: „Wir wollen dieses Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform.“

Stoiber spürte Wind im Rücken. Er hatte die Bayern-Wahl mit über 60 Prozent

gewonnen. Danach wollte er die Reform nicht mehr so dringend. Stoiber glaubt bis heute, dass er im Spiel für die Kanzlerkandidatur 2006 noch eine Chance hat.

Schröder wollte die Machtgelüste des Bayern nun für seine Zwecke nutzen. Am 29. Oktober flog Fraktionschef Franz Müntefering morgens um 8 Uhr nach München, zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Edmund Stoiber. Müntefering hatte die Reise mit Schröder abgesprochen, die einzige Bedingung, die der Kanzler stellte, war: höchste Diskretion.

Müntefering traf in der Bayerischen Staatskanzlei auf einen versöhnlich gestimmten Bayern, der sich mächtig geschmeichelt fühlte. Der Genosse sprach vom Wohl des Landes. Er sagte, die SPD sei in Sorge, „dass alles in der Dunkelkammer des Vermittlungsausschusses festklemmen“ könnte. Er hielt Stoiber einen Köder hin. „Auch die Union würde sich als verhandlungsfähig erweisen“, sagte er und übermittelte das Angebot Schröders zu ei-

nem Reformgipfel von Regierung und Opposition. Man dürfe es nur nicht „Reformgipfel“ nennen, um den Bundesrat nicht zu brüskieren, meinte Stoiber. Der Bundesrat als demokratische Instanz habe natürlich das letzte Wort. Man könnte es „Spitzengespräch“ nennen, sagte Müntefering.

Als Müntefering wieder in Berlin war, meldet er im Kanzleramt Erfolg. „Der Stoiber hat keine Lust auf einen Crashkurs.“ Stoiber informierte Merkel, wenn auch höchst ungenau, über seine Unterredung mit dem SPD-Mann.

Doch das Geheimgespräch sickerte durch. Eine erste Anfrage beim Regierungschef setzte den Kanzler in Bewegung. Lieber jagen als gejagt werden, lautet sein Motto. Kurzerhand ließ der Regierungschef das ARD-Hauptstadtstudio wissen, er wolle per Interview eine Botschaft unter das Volk bringen. Am Abend im „Bericht aus Berlin“ lud er die Unionsführung erneut zu einem Spitzengespräch ein. „Ich bin dazu bereit.“

Merkel und auch Stoiber sagten ab, vorerst jedenfalls. Ein solcher Gipfel macht für beide erst am Ende eines Verhandlungsmarathons Sinn, als Schlussakkord.

Fraktionschefin Merkel kann die Entscheidung ohnehin nicht diktieren, weil über die Agenda 2010 im Bundesrat entschieden wird. Und die Stimmung dort hatte sich Anfang November schon wieder gedreht – gegen Schröder, gegen dessen Reformen, vor allem gegen eine Steuerreform auf Kredit.

Angesichts der neuesten Steuerschätzungen – 2004 zehn Milliarden weniger – legten sich selbst die Befürworter der Steuersenkung, Teufel und Althaus, fürs weitere Verfahren auf ein Nein fest. Im Gegenzug erklärte sich Koch bereit, die Formel Stoibers mitzutragen: 25 Prozent der Reform dürften über Schulden finanziert werden, nicht null Prozent, wie Koch es immer wollte.

Zudem verständigten sich die Länderchefs darauf, dass es ein Ja nur geben soll-



CHRISTIAN RUDNIK / ACTION PRESS

Ulrich Schumacher

Vorstandsvorsitzender von Infineon Technologies

„Ich erwarte, dass niemand im Vermittlungsausschuss aus parteipolitischen Gründen blockiert. Es wäre ein fatales Signal, wenn die notwendigen Reformen auf der Strecke blieben. Ich durfte gerade mit dem Kanzler durch China reisen und bin dort mit mindestens 20 Politikern zusammengetroffen. Die singen alle aus dem gleichen Liederbuch: Innovation, Technologie, Flexibilität und Wachstum sind deren oberstes Ziel. Fragt man bei uns 20 Politiker, hört man auch 20 Meinungen. Das macht eine Nation wie China stark und eine wie unsere schwach. Wir müssen gehörig aufpassen, wenn wir den Anschluss an die aufstrebenden Wirtschaftsnationen der Welt nicht verpassen wollen.“



THOMAS NIEDERMÜLLER / ACTION PRESS

Bruno Sälzer

Vorstandsvorsitzender von Hugo Boss

„Wenn die Reformen wie vorgeschlagen oder so ähnlich durchgesetzt werden, wird der von Roman Herzog geforderte ‚Ruck durch Deutschland‘ kommen. Das hat natürlich direkte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, die den Glauben wiedergewinnt, dass Deutschland reformierbar ist. Das halte ich für sehr wichtig, weil gerade in unserem Geschäft Psychologie vermutlich mehr als die Hälfte ausmacht. Doch das für den Konsum frei verfügbare Einkommen sinkt seit Jahren. Eine für die Stimmungslage der Menschen fatale Entwicklung. Die Steuerreform wird das ändern, deswegen muss sie sofort kommen. Kommt sie nicht, heißt das: Lethargie, Stagnation und Missmut für mindestens ein weiteres Jahr.“



NORBERT NORDMANN

Jürgen Hambrecht

Vorstandsvorsitzender von BASF

„Über die unterschiedlichen Positionen in dieser Frage ist lange genug diskutiert worden. Von den Parteien im Vermittlungsausschuss erwarte ich jetzt, dass sie ihrer großen gemeinsamen Verantwortung gerecht werden und eine schnelle und sachgerechte Entscheidung treffen: Die Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland muss verbessert werden. Auch im internationalen Vergleich belasten immer noch zu hohe Steuern den Aufschwung in unserem Land. Daher begrüße ich Steuersenkungen in Deutschland. An einer soliden Gegenfinanzierung müssen alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden. Sie darf nicht einseitig zu Lasten der Unternehmen oder der nächsten Generation gehen.“



WOLFGANG VON BRAUCHTISCH

Henning Kagermann

Vorstandsvorsitzender von SAP

„Reformen werden nun seit mehr als zwei Jahrzehnten in Deutschland angemahnt. Doch haben Regierungen aller Couleure, Kommissionen und Sachverständige bisher nichts Grundsätzliches ändern können. Irgendwo anstehende Wahlen oder der Schutz von Klientelinteressen verhindern regelmäßig das beherzte und geschlossene Durchziehen der hinter vorgehaltener Hand von der Mehrheit für notwendig gehaltenen Maßnahmen. Deshalb erwarte ich leider auch von dem bevorstehenden Vermittlungsverfahren keine gravierenden Veränderungen. Alle sagen, wir müssten den Gürtel enger schnallen, aber dann zieht jeder nur am Gürtel des jeweils anderen. Der wahre Leidtragende ist der Mittelstand, denn der hat zumindest beim Standort keine Wahl.“

te, wenn die SPD im Gegenzug der Forderung nach Aufweichung des Flächentarifvertrags zustimmt. Merkels Gift-Cocktail sollte in der Endphase der Verhandlungen seine teuflische Wirkung entfalten.

Schröder spürte die Gefahr. „Man kann das notwendige Vorziehen der Steuerreform, um Wachstum in Deutschland zu erreichen, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, doch nicht mit sachfremden Erwägungen, die mit dem Thema überhaupt nichts zu tun haben, verknüpfen“, donnerte er am 7. November.

Derweil entwickelte sich die Kassenlage weiter desaströs. Inzwischen hatte Eichel den Brüsseler Stabilitätspakt für nichtig erklärt. „Es ist für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland unwürdig, was wir da für ein Personal auf der Regierungsbank sitzen haben“, rief Merz vergangene Woche in die Halle des CDU-Parteitags und ertotete einen kaum enden wollenden Beifall.

Auch Merkel trumpfte auf. Da stand sie vorn vor einer blauen Wand, sie hatte die Arme ausgebreitet wie eine Hohepriesterin, und sagte: „Wir könnten uns deshalb mit verschränkten Armen zurücklehnen. Wir könnten dem chaotischen Treiben dieser Regierung zusehen. Ich sage Ihnen aber: Das ist mit mir nicht zu machen.“ Als sich ihr Publikum fragte, ob das nun Blockade heißt oder nicht, sagte sie, was sie immer sagt: „Wir machen nur Kompromisse, die wirklich verantwortbar sind.“

Das heißt: sowohl als auch. Angela Merkel will weiter abwarten, was passiert.

Schauplatz des Geschehens ist seit Mitte November der Vermittlungsausschuss. Die Unterhändler der Parteien treffen sich im Gebäude des Bundesrates, Saal 1128, sie sitzen an Tischen, die in Hufeisenform aufgestellt sind, auf den Tischen stehen Platten mit belegten Brötchen, Fruchtsäfte, Wasser, Kaffee und Tee. Eine Klimaanlage hält die Temperatur auf 21,8 Grad.

Am Anfang, während der ersten beiden Sitzungen, tauschte man Freundlichkeiten aus. Seither unterblieb auch das. Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen. Dabei lieferten sich ausgerechnet die Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (SPD) und Roland Koch (CDU), die beiden also, die mit gemeinsamen Subventionskürzungen die Hoffnung auf eine große Annäherung geschürt hatten, denkwürdige Gefechte.

Während der Verhandlungen über Kommunalfinanzen, Hartz und Entfernungs-pauschale verlor Steinbrück die Geduld. Er forderte die Händler der Union auf, „endlich einmal zu sagen, was sie wirklich wollen“. Auf Englisch fragte er: „What is the name of the game?“ Wie heißt das Spiel? Es war der Moment des Roland Koch. Er antwortete kühl: „The name of

the game ist, dass die Regierung schon viel zu lange an der Macht ist. Sie muss weg.“

Die Fronten sind verhärtet – vor allem beim Thema Tarifrecht. Die Union beharrt darauf, dass sie einem Vorziehen der Steuerreform nur zustimmt, wenn sich die SPD in diesem Punkt bewegt. Die SPD will ihr sozialdemokratisches Heiligtum nicht antasten. „Die Union überreizt“, sagt ein Schröder-Berater. „Koch hat plötzlich das Sagen“, wundert sich ein Kabinettsmitglied.

Dabei hatte es zwischenzeitlich schon Signale der Entspannung gegeben: Noch am vorvergangenen Wochenende schien sich die Kompromissfraktion in der Union durchgesetzt zu haben. Die Union lasse die Forderung fallen, wenn die Tarifpartner selbst eine Lösung finden, ließen sich CDU-Ministerpräsidenten wie Peter Müller aus dem Saarland oder Christian Wulff aus Niedersachsen zitieren.

Das Thema schien schon so gut wie abgeräumt – wäre nicht zwei Tage später bekannt geworden, dass monatelang geführte Konsensgespräche zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern für



PETER ROGENTHIN / DPA

Nürnberger Bundesanstalt: Reformbedarf aller Orten

flexiblere Tarifregeln vorerst „ergebnislos geblieben“ sind, wie DGB-Chef Michael Sommer vermeldete.

Die Blockierer in der Union schienen auf diesen Moment gewartet zu haben. Wenn sich die Tarifpartner nicht einigen, müsse eben „der Gesetzgeber handeln“, verkündete Fraktionsvize Merz wie auf Knopfdruck.

Schröder kann sich darauf nicht einlassen – und wird es daher auch nicht tun. Er würde sonst bei der Schlussabstimmung im Bundestag am 19. Dezember keine eigene Mehrheit im Parlament bekommen. Auch Müntefering, treuer Sachwalter Schröders, lehnt jeden Eingriff ins Tarifrecht ab.

Darum aber genau geht es der Union: Der Kanzler soll über die geforderte Tarifreform stürzen, machte Koch am vergangenen Donnerstag vor Funktionären der Arbeitgeberverbände deutlich. Die Union stelle nichts weniger in Frage als die Er rungenschaften, „für die die SPD gegründet worden ist“, frohlockte er.

Angesichts dieser geballten Kompromisslosigkeit ist Schröders Truppe alarmiert. Im Kanzleramt analysieren Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier und seine engsten Mitarbeiter in unregelmäßigen Abständen die Lage. Sie suchen nach Schwachstellen und möglichen Kompromiss-Signalen. Drei Szenarien für einen möglichen Ausgang des Machtspiels sind in der Diskussion:



Klaus-Peter Müller
Vorstandssprecher der Commerzbank

„Es ist richtig, die Steuerreform vorzuziehen, um für mehr Wachstum zu sorgen. Doch gleichzeitig ist dieser Schritt wegen der historisch hohen Verschuldung Deutschlands nicht ohne Risiko. Funktionieren wird er nur, wenn die Menschen endlich wieder darauf vertrauen können, dass ihre Arbeitsplätze sicher sind und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berechenbar und stabil bleiben. Für die Politik bedeutet das: Jetzt darf nicht gleich die nächste Steuererhöhungsdebatte beginnen. Wir brauchen mindestens drei Jahre Ruhe an der Steuerfront. Nur dann werden die Menschen ihr Geld ausgeben und nicht sparen. Gelänge es, die sehr hohe deutsche Sparquote nur um ein Fünftel zu senken, würden über 30 Milliarden Euro in den Konsum fließen. Ein besseres Konjunkturprogramm gibt es nicht.“

► Szenario 1: Der Durchbruch. Im Vermittlungsausschuss kommt es doch noch zu einer überraschenden Einigung in den meisten Punkten. Die wenigen offenen Fragen werden in einem Kanzler-Gipfel mit Stoiber und Merkel zwischen dem 10. und 19. Dezember geklärt. Die

Reformen wären gerettet – von einer Koalition der Vernünftigen.

► Szenario 2: Die Blockade. Im Vermittlungsausschuss kommt es zu keiner Annäherung. Merkel und Stoiber stimmen dennoch einem Gipfel mit Schröder zu – aber der dient ihnen nur als Alibi ge-



JULIA FARBENDER / BUNDESBILDSTELLE

Kabinettsklausur auf Schloss Neuhausen: „Ein klares Aufbruchsignal“

genüber den Bürgern: Sie wissen, dass sie aus dem Verfahren nicht aussteigen können, ohne vorher öffentlich demonstriert zu haben, dass sie sich ernsthaft um eine Einigung bemüht haben. Der Gipfel wird zum Gipfel deutscher Reformunfähigkeit.

► Szenario 3: Die Verzögerung. Die Union blockiert im Ausschuss, damit Merkel alle wichtigen Dinge bei einem Gipfel mit Schröder klären kann. Doch die Themen sind so komplex, dass nach einer grundsätzlichen Einigung der Spitzenleute die Details wieder in den Aus-

schüssen verhandelt werden müssen. Das kostet Zeit, und die Gesetzgebungsfristen können nicht eingehalten werden. Das Reformpaket kann damit nicht zum 1. Januar in Kraft treten.

In der Union allerdings wird ein Szenario 4 mit großer Sympathie durchgespielt. Regierung und Opposition einigen sich demzufolge auf Kompromisse bei den Arbeitsmarktreformen und den anderen Projekten der Regierung – nur die Steuerreform wird blockiert. So steht Merkel nicht als Total-Verweigerin da, Schröder wäre um den wählerwirksamsten Teil seines Reformplans betrogen.

Der Kanzler, kaum zurück in Berlin, sieht die Gefahren. Bis zum Weihnachtsfest kämpft er – wieder mal – mit hohem Einsatz für den Erhalt seiner Regierungsmacht.

So einfach will er es der Union dabei nicht machen. Die Widerstandskräfte im Lande, glaubt er, seien stark genug, um einen Blockadekurs nicht zu akzeptieren. Wenn CDU und CSU tatsächlich „eine Verelendungsstrategie“ verfolgen sollten, müssten sich viele provoziert fühlen und entsprechend zur Wehr setzen – Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bürger aller Couleur.

Denn eine solche Einheitsfront gibt es in Deutschland nicht alle Tage. Die SPD-Linken wollen die Steuersenkung, und die Unternehmer wollen sie auch. „Es darf nicht sein, dass die Agenda 2010 jetzt in letzter

